



Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

ich freue mich, Ihnen die Frühlingsausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um die Sicherung der grünen Innenhöfe im Ilse-Kiez und den Bau eines neuen Spielplatzes in Karlshorst, den Hochhausbrand in der Dolgenseestraße 21/22 in Friedrichsfelde, neue Bauvorhaben und Supermarktansiedlung sowie die Weiterentwicklung des beliebten Dönerstands „Box 84“ in der Rummelsburger Bucht.

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für ein lebens- und liebenswertes Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre



Lilia Usik, MDA
Ihre direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht

Berlin voranbringen

Im engen Austausch, wie Berlin weiter verbessert werden kann und was erreicht wurde bei Bürgerämtern, in der Mobilität, beim Mieterschutz und Wohnungsbau. Das große Doppel-Interview mit Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner: **Seite 4–5**



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

„Viel getan – viel zu tun“

Friedlichster 1. Mai, Schüler und Bildung im Aufwind:
CDU-Fraktion zieht positive Bilanz, die Richtung stimmt

Statt Gewalt-Randale und brennende Barrikaden herrschte fröhliche Ausgelassenheit in Parks und Straßen. Berlin erlebte den friedlichsten 1. Mai seit Jahrzehnten. Und auch Silvester hatte die Polizei mit Rückendeckung aus der Politik die Lage im Griff – im Gegensatz zum rot-rot-grünen Chaos-Jahreswechsel 2023.

„Der Anfang ist gemacht – die Richtung stimmt.“, so das Fazit. Die CDU-Fraktion zieht nach drei Jahren Regierungsarbeit eine positive Bilanz:

Innere Sicherheit

Sicherheit und Schutz der Berliner standen klar im Vordergrund. Dafür hat die CDU-Fraktion das schärfste Polizeirecht Deutschlands durchgesetzt: mehr Videosicherheit, mehr Schutz gegen häusliche Gewalt, mehr technische und rechtliche Möglichkeiten im Kampf gegen Terror und Clan-Kriminalität. Nach linksterroristischen Anschlägen wird jetzt unser Stromnetz gesichert mit mehr Wach- und Videoschutz. Schwachpunkte lassen sich nicht mehr so einfach ausspionieren. Berlin hat aus den Attacken gelernt und konsequent gehandelt.

Schule und Bildung

In der Bildungspolitik wurde umgesteuert. So haben unsere Schüler im Leistungsvergleich der Bundesländer die Schlussplätze aus rot-grün-roten Zeiten endlich verlassen und sind auf dem Weg nach vorn. Die Lehrer-Lücke ist weitgehend geschlossen, Kita-Lerngruppen sind heute kleiner und damit besser betreut als noch vor drei Jahren.

Das große Doppel-Interview

Machen ist wie wollen – nur krasser: Lesen Sie auf den Seiten 4 und 5 unser großes Interview mit Berlins Regierendem Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner über mehr Wohnungsbau und Mieterschutz, warum Berliner besser vorankommt und die Verwaltung endlich wieder besser funktioniert. Die Richtung stimmt. Der Anfang ist gemacht.

WOHNRAUM

50.000

Menschen am Rand des Tempelhofer Feldes ein neues Zuhause bieten und gleichzeitig Freiraum

Seite 2

INFO — GRAFIK



Sicher in guten Händen

Zahlen und Fakten zu Berliner Blaulicht-Einsatzkräften

Seite 3

Berlin greift durch gegen Müllsünder

Endlich mehr Sauberkeit und Ordnung in den Straßen und Grünanlagen

Höhere Bußgelder gegen Müllsünder und Müll-Polizisten sind den Verursachern illegaler Abfallhalden auf der Spur. Berlin greift knallhart durch gegen Dreck, Vandalismus und Verwahrlosung: In den letzten Monaten gab es rund 1000 Anzeigen und 300.000 Euro an Buß- und Verwarnungsgeldern – Tendenz steigend.

Mehr Mitarbeiter gegen Müll

Ende letzten Jahres wurden auf Initiative der CDU-Fraktion die Bußgelder empfindlich erhöht (klartext berichtete): Zigaretten wegschmeißen von 55 auf 250 Euro, illegale Sperrmüll-Ablagerungen von 160 auf mindestens 1000 Euro.

1000

Müllsünder-Anzeigen

Gleichzeitig bekamen Bezirke über 100 „Waste-Watcher“, also Müll-Polizisten. Sie sollen Müllsünder dingfest machen, möglichst auf frischer Tat. Denn die Beweisführung ist entscheidend bei der Strafverfolgung.

Sauberkeit ist ein wichtiges Wohlfühl- und auch ein Sicherheitsthema. Das achtlose Wegwerfen von Pappe,



Dreckecken im Visier von Müll-Sheriffs: Mit ihnen wird Berlin sauberer Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Papier und anderen Sachen, das illegale Abladen von Bauschutt und Sperrmüll am Straßenrand aus Gewohnheit oder vielleicht nur Bequemlichkeit hat nach Beobachtung vieler deutlich zugenommen. „Uns ist es schlicht unerklärlich, wie man denken kann, dass es in Ordnung ist, seinen Müll auf der Straße liegenzulassen“, ärgern sich Betroffene.

„Kieztage“ bleiben

Erfreulich: Die beliebten „Kieztage“ der Stadtreinigung mit kostenloser Sperrmüllentsorgung werden fortgesetzt. Jeder kann Sperrmüll bis zu drei Kubikmeter kostenlos in den Recyclinghöfen abliefern.

Apple-Entwick-
lungszentrum

Der US-Soft- und Hardware-entwickler Apple wird sein erstes europäisches Zentrum zur Unterstützung von App-Entwicklern in Berlin-Mitte ansiedeln, Eröffnung noch in diesem Jahr. Es wird das fünfte Apple Developer Center weltweit sein. Dort veranstaltet werden u.a. Workshops, in denen der Konzern Programmierern seine Entwicklerwerkzeuge für Plattformen näherbringen will.



Apple investiert in Berlin und schafft Arbeitsplätze
Foto: IMAGO/ZUMA Press

Neues For-
schungsgebäude
an der TU Berlin
fertiggestellt

Auf dem neuen Campus Ost der Technischen Universität Berlin ist das Forschungsgebäude IMoS fertiggestellt worden. Auf rund 5700 Quadratmetern bietet der Neubau moderne Labore, ein leistungsfähiges Rechenzentrum sowie Seminar- und Arbeitsräume für interdisziplinäre Forschung. Dort sollen künftig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften gemeinsam an Zukunftsfragen arbeiten. Der Neubau kostet rund 75 Millionen Euro und stärkt den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin.

Straßenstrich-Verbot in ganz Berlin

CDU-Fraktion will hart durchgreifen, Kinder schützen und Sicherheit stärken



Prostitution auf offener Straße ist Dauerärgernis. Die CDU will das in ganz Berlin unterbinden Foto: IMAGO/Rolf Kremming

Offene Prostitution vor den Augen von Kindern, Drogenkonsum, Gewaltkriminalität – unerträgliche Zustände auf der Kurfürstenstraße in Schöneberg. „Nachts könnte man hier einen Porno drehen“, sind Anwohner empört. Geschäftsleute klagen über vermehrte Diebstähle. Sogenannte Verrichtungsexisten, die einst Berlins Grüne für das Geschäft mit Sex aufgestellt haben, sind ein Ekelfaktor im Straßenbild. Die CDU-Fraktion will jetzt hart durchgreifen und in einem

ersten Schritt die Straßenprostitution im Kurfürstentum und rund um den Nollendorfplatz verbieten. Danach soll sie in ganz Berlin verboten werden. **Bedrohlich und kritisch** Die Situation vor Ort ist unerträglich: Frauen werden unter unfassbaren hygienischen Zuständen ausgebeutet. Sie befinden sich in extrem prekären Lebenslagen. Menschenhandel, Zuhälterei, Gewalt, Drogenabhängigkeit und Obdachlosigkeit gehören

1. Schritt: Verbot der Straßenprostitution im Kurfürstentum und am Nollendorfplatz

häufig zu ihrem Alltag. Auf der Straße greifen die Schutzstandards des Prostituiertenschutzgesetzes faktisch kaum. Deshalb geht es der CDU-Fraktion nicht nur um ein Verbot, sondern auch um Hilfe. Die Umsetzung muss durch soziale Angebote begleitet werden. Frauen sollen von der Straße in Hilfsangebote, Drogenentzug und Ausstiegsmöglichkeiten begleitet werden. Ihre Sexdienste sollten sie in gesetzlich geschützten, hygienisch einwandfreien Räumen verrichten.

Kinder und Jugendliche besser schützen

Im Mittelpunkt steht der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Im Umfeld der Kurfürstenstraße befinden sich mit Drogenbesteck und Spritzen belastete Kitas und Spielplätze.

Von Grünen-Stadträtin im Stich gelassen

Schlimm: Anwohner und Händler schrieben Beschwerdebriefe u.a. an die Grünen-Stadträtin im Bezirk. Sie bekamen nach eigenen Angaben aber keine Antwort. Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Das macht Betroffene wütend. Die CDU-Fraktion macht jetzt Druck, damit sich etwas ändert.

Stadtweites Verbot gefordert

Bundesländer und Kommunen können dem Sex-Geschäft auf der Straße einen Riegel vorschieben. Stadtweite Verbote für Straßenprostitution gibt es zum Beispiel in Karlsruhe und Heilbronn. Das will die CDU-Fraktion in Berlin auch durchsetzen. Sexuelle Dienstleistungen wären dann nur in Bordellen zulässig, die sich leichter von Behörden kontrollieren lassen. Zusätzlich könnten Polizei und Ordnungsbehörden leichter gegen die Begleitkriminalität vorgehen. Dem Kiez ist zu wünschen, dass sich diese Initiative politisch durchsetzt. Denn die Menschen vor Ort haben lange genug erlebt, was passiert, wenn der Kriminalität nicht ausreichend Grenzen gesetzt werden. Jetzt braucht es Regeln, Schutz und Hilfe, die auch wirklich ankommen.

Tempelhofer Feld: Freiraum erhalten, Wohnraum schaffen

Mehrheit der Berliner unterstützt nach Umfragen eine stadtverträgliche Randbebauung

Das Tempelhofer Feld ist der Central-Park Berlins für Sport, Freizeit, Kultur und Erholung. Das soll auch so bleiben. Doch es gibt dort Platz für Mehr, für stadtverträglichen Wohnungsbau, den sich die Mehrheit der Berliner am Feldrand wünscht. Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, diesen Wunsch wahr werden zu lassen. Anders als oft behauptet, soll das Feld aber nicht zugebaut, sondern endlich sinnvoll weiterentwickelt werden. Berlin braucht dringend mehr Wohnungen. Deshalb setzt sich die CDU-Fraktion für maßvollen Wohnungsbau am Rand des Tempelhofer Feldes ein. Auf den Randflächen könnten nach neuesten Plänen mehr als 20.000 neue Wohnungen für etwa 50.000 junge Menschen und für Familien mit normalem Einkommen entstehen. Davon 30



Blick auf das freie Tempelhofer Feld mit Platz für Neubau im Randbereich
Bild: Kollhoff/Nöfer/As-tigmatic

Prozent als sozial geförderter Wohnraum. **Große Freifläche bleibt erhalten** Die große Freifläche bleibt in dem Modell erhalten. Die rund

20.000

neue Wohnungen könnten entstehen und 200 Hektar Freifläche dauerhaft erhalten bleiben

200 Hektar in der Mitte sollen dauerhaft bestehen und unbebaut bleiben. Das entspricht genau der Fläche (280 Fußballfelder), die nach dem Volkentscheid Grünfläche bleiben soll. Tempelhof bietet viele Vorteile: Zentral gelegen, mit Straßen und öffentlichem Nahverkehr wird die Erschließung hier von Anfang an durch zusätzliche Infrastruktur mitgedacht. Eine behutsame Randbebauung würde Berlins Mietmarkt entlasten und dafür sorgen, dass nicht jeder Fleck und Innenhof in den Außenbezirken bebaut werden müsste. Darauf zu verzichten, wäre aus Sicht der CDU-Fraktion falsch. Auch in der Stadtgesellschaft gibt es dafür Rückenwind: Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner eine maßvolle Randbebauung unterstützt – solange der Charakter des Feldes erhalten bleibt.

Sicherheit in guten Händen

Rund um die Uhr im Einsatz: Zahlen und Fakten zu den Berliner Blaulicht-Organisationen

Der Begriff „Blaulicht-Organisationen“ umfasst alle **Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)** sowie weitere Rettungs- und Hilfsdienste, die bei Einsätzen zur Rettung von Menschenleben oder Abwehr von Gefahren ausrücken. Dazu gehören: Polizei Berlin, Bundespolizei, Berliner Feuerwehr und Freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienst (Notarzt, Rettungs-

wagen, Krankentransport), Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen (Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft), Zoll, Notdienste der Versorgungswerke (Gas, Wasser, Strom), Unfallhelfswagen der BVG und Deutschen Bahn.

CDU-Fraktion setzt auf konsequenten Schutz der Berliner Bevölkerung

- 1. Berlin mit stärksten Polizeigesetz Deutschlands**
Das ASOG wurde reformiert. Die Polizei Berlin hat endlich die zeitgemäßen Befugnisse, die sie braucht, darunter:
- Videoschutz und Messerverbotszonen an kriminalitätsbelasteten Orten
 - verknüpfte Standortdaten bei Notrufen für schnellere Hilfe

- erweiterte 72-Stunden-Speicherdauer von Video-daten im ÖPNV
- Schutz vor häuslicher Gewalt durch maximal verlängertes Betretungsverbot, elektronischer Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) und Opferschutz
- moderne Terrorabwehr und Kampf gegen Organisierte Kriminalität

- auf bis zu fünf Tage ausgeweiteter Präventivgewahrsam bei Wiederholungstätern
- 2. Taser eingeführt**
Berliner Polizisten können Gewalttäter sicher stoppen, ohne zur Schusswaffe greifen zu müssen – 147 Mal in 2025.
- 3. Body-Cams ausgeweitet auf alle Einsatzkräfte**


19 222
Rufnummer als zentrale Nummer für Krankentransporte

Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt dürfen nun mitfilmen. Angreifer werden besser dokumentiert und verfolgt.

4. Friedlicher 1. Mai und Silvester-Jahreswechsel
Das neue Einsatzkonzept von Polizei und Feuerwehr hat funktioniert. Die Berliner spüren den Unterschied. Dazu trägt auch eine intensivere Polizeipräsenz bei.

5. Reformierter Rettungsdienst wird schneller
Auf Initiative der CDU-Fraktion werden wichtige Notrettings-Kapazitäten entlastet:

- Rettungssanitäter dürfen Patienten jetzt alleine transportieren.
- gezielt an passende Angebote weitergeleitete unechte Notfälle
- schnellere Abläufe durch moderne digitale Lösungen und eine bessere Steuerung

6. STEMOs bleiben auf der Straße
Die drei Schlaganfall-Spezialfahrzeuge der Feuerwehr retten Leben – die Behandlung beginnt damit 25 Minuten früher. Die CDU-Fraktion sicherte für jährlich rund 12.000 Berliner Schlaganfallpatienten die Finanzierung.

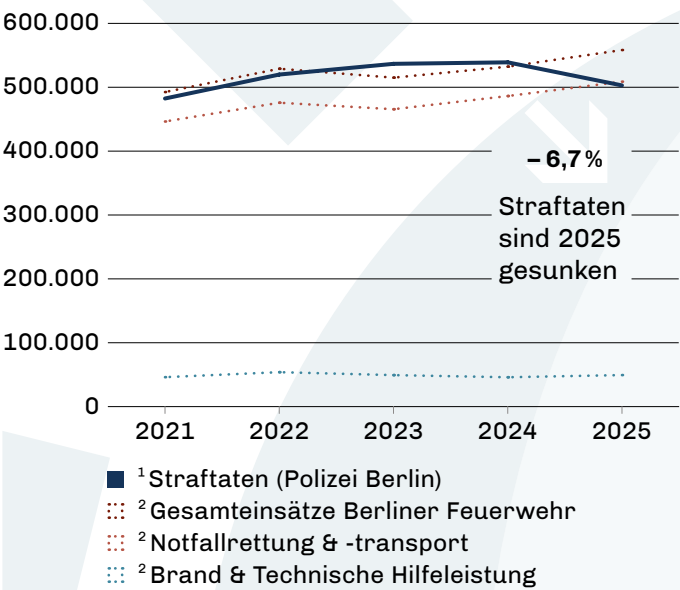
7. Freiwillige Feuerwehr bekommt mehr Geld
Die Aufwandsentschädigung stieg von 3,50 auf 6 Euro pro Stunde – erstmals seit acht Jahren. Ehrenamt wird endlich mehr gewürdigt.

8. Kinder bekommen schnellere Notfallhilfe
Ein mobiler Kindernotarzt-dienst nach Praxisschluss kommt – damit Eltern nachts nicht mehr stundenlang in überfüllten Rettungsstellen warten müssen.

9. Malteser helfen jetzt stadtweit
3 Millionen Euro pro Jahr für die „Berliner Hausbesuche“: Ältere Menschen ab 70 erhalten kostenlose Beratung direkt bei sich zu Hause.

10. Sicherheit wird nicht kleingespart
Im Haushalt 2026/2027 bleiben die Mittel für Polizei und Feuerwehr bewusst ungekürzt.

Jährliche Fälle von Straftaten¹ in Berlin sowie Anzahl der Rettungseinsätze der Berliner Feuerwehr²



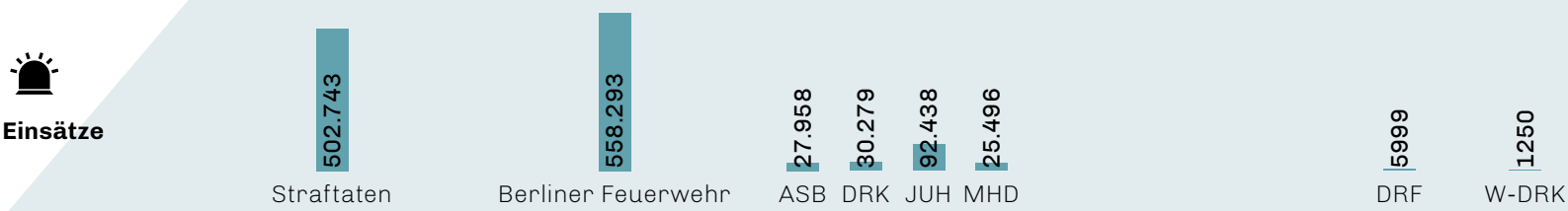
Mehr Befugnisse und Mittel für die gestärkte Polizei Berlin:




Alle 28 Sekunden ein 112-Notruf

- 16,3 %
Die Anzahl der Feuerwehr- und sonstiger Rettungskräfte, die Opfer einer Gewalttat wurden, verringerte sich um 16,3%, die der Polizeivollzugskräfte verringerte sich um 7,2%.

	Polizei Berlin	Berliner Feuerwehr (älteste Berufsfeuerwehr Deutschlands) Freiwillige Feuerwehr	Rettungs- / Sanitätsdienst sowie Katastrophenschutz ASB, DRK, Johanniter (JUH), Malteser (MHD)	Zivil- und Katastrophenschutz THW (zuständig für technische Hilfe bei Großschadenslagen)	Luftrettung & Spezialdienste DRF Luftrettung „Christoph 31“ (seit 2026, Station von ADAC-Luftrettung übernommen), „Christoph 100“, „Christoph Berlin“ DLRG, Wasserwacht (DRK) DLRG W-DRK	Weitere Behörden mit Blaulicht Bundespolizei (zuständig u.a. für Bahnhöfe, Flughäfen und Bundesgebäude), Verfassungsschutz / LKA / BKA, Zoll, Ordnungsämter, Deutsche Bahn, BVG, Notdienste der Versorgungswerke
 Beschäftigte	27.208	5925	ASB 781 DRK 2494 JUH 2538 MHD 350-500	2100*		
 Ehrenamtliche		1663 Freiwillige Feuerwehr 1353 Jugendfeuerwehr	ASB 853 DRK 2500 JUH 3283 MHD 1600	88.000*	ca. 85.000* 90	
 Fahrzeuge	2797	1036			DRF 3 DLRG 2311* W-DRK 14	



Stand: Mai 2026 | Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2025, Berliner Feuerwehr Jahresbericht 2025, Webseiten und Jahresberichte der Berliner Blaulicht-Organisationen, Abgeordnetenhaus von Berlin | Icons: „Rufnummer“ von Damong, „Taser“/„Drohne“ // „Funkturn“/„Fingerabdruck“ von rendicon, „Kamera“ von Lagot Design, „Body-Cam“ von Tithy, „Schutzschild“ von Ilham Fitrotul Hayat, „Stoppuhr“ von Hilmy Abiyu Asad, „Rettungswagen“ von Andre Buand, „Rettungshubschrauber“/„Rettungsboot“ von pojok_icon; alle von thenounproject.com

Die Richtung stimmt. Der

Zu den Veränderungen in Verwaltung, Mobilität und Wohnen: Doppel-Interview mit Berlins Regierendem Kai Wegner

Viel getan, viel zu tun: 100 Tage vor der Wahl zum 20. Abgeordnetenhaus von Berlin am 20. September haben wir Berlins Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und den Vorsitzenden der CDU-Fraktion Dirk Stettner im Gespräch.

klartext: Herr Wegner, Herr Stettner, Sie sind beide 2023 mit dem Anspruch angetreten: Berlin muss wieder funktionieren. Drei Jahre später: Funktioniert Berlin besser?

Kai Wegner: Berlin funktioniert besser. Wir haben vieles angeschoben, einiges sichtbar verbessert und setzen nach rot-grün-rotem Klein-Klein auf Pragmatismus und Veränderung. Früher gab es zu wenig Tempo beim Wohnungsbau, Dauerstreit im Verkehr und unklare Zuständigkeiten. Heute funktionieren die Bürgerämter besser, Bauprojekte kommen voran, der Nahverkehr bekommt Rekordinvestitionen in neue Bahnen und Busse. Berlin ist nicht am Ziel, aber der Anfang ist gemacht.

Dirk Stettner: Die Richtung hat sich geändert. Unter Rot-Grün-Rot wurde häufig gestritten, bis nichts mehr ging. Unser Anspruch als CDU-Fraktion ist: Der Staat muss funktionieren. Ein Bürger, der einen Ausweis braucht, darf nicht wochenlang betteln müssen. Eine Familie, die eine Wohnung sucht, braucht Neubau statt Enteignungsparolen. Und wer morgens zur Arbeit muss, will keine Verkehrserziehung von Grünen, sondern funktionierende Wege.



Dirk Stettner setzt sich für den Bau neuer Wohnungen ein
Foto: Yves Sucksdorff

Verwaltung

klartext: Beginnen wir mit der Verwaltung. Viele Berlinerinnen und Berliner haben damit lange Wartezeiten und Behörden-Pingpong verbunden. Was hat sich konkret verändert?

Wegner: Ich habe die Verwaltungsreform zur Chefsache gemacht. Seit Jahrzehnten wurde darüber in Berlin diskutiert. Wir haben jetzt klare Zuständigkeiten, stärkere gesamtstädtische Steuerung und starke Bezirke. Dafür haben wir mit dem Landesorganisationsgesetz die Grundlage geschaffen. Gleichzeitig haben wir mehr als 460 Dienstleistungen digitalisiert. Für viele Anliegen muss man also gar nicht mehr persönlich aufs Amt.
Stettner: Dieses Behörden-Pingpong war ein Symbol für Rot-Grün-Rot: Jeder zeigte auf den anderen, keiner lieferte. Einen Bürgeramtstermin zu bekommen, war fast eine eigene Sportart. Heute loben Prominente in Social-Media-Videos öffentlich unsere Bürgerämter. Sie funktionieren wieder.



Ohne Termin ins Bürgeramt: Idee von Berlins Regierenden Kai Wegner
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

klartext: Trotzdem bleibt die Frage: Merken die Bürger das wirklich schon?

Wegner: Die Bürgerämter funktionieren jetzt richtig gut – das merkt jeder, der in letzter Zeit ein Termin brauchte und selbst dort war. Wir haben einen Springerpool geschaffen, der Belastungsspitzen abfedert, und neue Standorte eröffnet, etwa in Treptow-Köpenick, Spandau und Marzahn-Hellersdorf. Und demnächst eröffnen wir einen neuen Standort in Pankow.

klartext: Warum ist die Verwaltungsreform so zentral?

Stettner: Weil fast alles in Berlin an der Verwaltung hängt: Wohnungsbau, Verkehr, Schule, Sicherheit, Wirtschaft. Überall braucht es klare Zuständigkeiten und schnelle Entscheidungen. Mit der Reform haben wir geklärt: Wer macht was? Wer entscheidet? Wer trägt Verantwortung? Eine Verwaltung verändert man nicht über Nacht. Aber wir haben die Basis gelegt, damit Berlin dauerhaft schneller wird.

Mobilität

klartext: Kommen wir zur Mobilität. Sie sprechen von einem neuen Miteinander im Verkehr. Was heißt das?

Wegner: Wir spielen die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander aus. Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Fahrgäste im Nahverkehr gehören alle zu Berlin. Die ideologische Verkehrspolitik der Grünen machte eine Politik gegen Autofahrer. Unser Ansatz ist ein anderer – das hat auch die schnelle Öffnung der Friedrichstraße gezeigt. Wir investieren in Nahverkehr, Brücken, sichere Radwege und Fußwege und setzen zugleich auf leistungsfähige Hauptstraßen.

Stettner: Berlin ist keine Modellstadt für grüne Umerziehungsfantasien. Deshalb ist es auch gut, dass linke Aktivisten mit ihrer Initiative „Berlin autofrei“ gescheitert sind. Unsere Politik lautet: Angebote verbessern statt Menschen gängeln. Genau deshalb haben wir uns gegen pauschale Schikanen gestellt und zum Beispiel Tempo 50 dort wieder ermöglicht, wo es verantwortbar ist.

klartext: Was sind die wichtigsten Erfolge in der Mobilität?

Wegner: Wir haben Rekordinvestitionen in den Berliner Nahverkehr beschlossen. Damit schaffen wir die Grundlage für neue Fahrzeuge, moderne Infrastruktur, zuverlässigere Verbindungen und bessere Werkstätten. Sieben Jahre grüne Verkehrsverantwortung davor waren verlorene Jahre für die Stadt.

Stettner: Und wir kümmern uns um das, was viele jeden Tag nervt, beispielsweise das Baustellenchaos und marode Brücken. Für Brücken stehen 2026 und 2027 zusammen über 200 Millionen Euro bereit. Gleichzeitig beschleunigen wir Ersatzneubauten, weil Berlin es sich nicht leisten kann, dass wichtige Verbindungen jahrelang blockiert bleiben. Deswegen treiben wir auch die Sanierung des Schlangenhader Tunnels voran.

klartext: Sie setzen auch auf den Ausbau der Schiene. Welche Projekte stehen im Mittelpunkt?

Wegner: Eine wachsende Stadt braucht wachsende Infrastruktur: Deshalb treiben wir zentrale Schienenprojekte voran – von der Reaktivierung der Siemensbahn über die bessere Anbindung neuer Stadtquartiere bis hin zu Planungen für U- und S-Bahn-Erweiterungen und neuen Straßenbahnverbindungen, gerade in den östlichen Bezirken. Wer neue Wohnungen und Arbeitsplätze schafft, muss Mobilität von Anfang an mitdenken.

klartext: Wie geht es denn bei Sicherheit, Sauberkeit und Ausbau der U-Bahn voran?

Stettner: Wer mit der U-Bahn fährt, soll sich sicher fühlen. Deshalb haben wir die Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr verstärkt: Videoaufnahmen können länger gespeichert werden, in Bussen und Bahnen gilt ein Waffen- und Messerverbot. Zugleich sorgen wir für mehr Sauberkeit und Ordnung. Die Reinigungsstreife auf der Linie U8 ist ein gutes Beispiel.

Wegner: Völlig richtig. Die Sicherheits- und Sauberkeitsstreifen bei der BVG zeigen Erfolge und wir werden das auch auf das gesamte Netz ausweiten. Und Berlin braucht mehr Schiene. Projekte wie die Verlängerung der U-Bahnlinie 8 ins Märkische Viertel und weitere Netzerweiterungen treiben wir voran. Berlin wächst – die U-Bahn muss mitwachsen.

klartext: Kritiker werfen Ihnen vor, Sie würden den Radverkehr ausbremsen.

Wegner: Wir bauen den Radverkehr weiter aus – aber mit Maß und Verstand. Wir finanzieren sichere Radverkehrsanlagen in den Bezirken, sanieren bestehende Wege und schaffen bessere Abstellmöglichkeiten. Gleichzeitig testen wir smarte Lösungen, damit Radfahrer sicherer und flüssiger über Kreuzungen kommen.

Stettner: Auf jeder Hauptstraße zwanghaft ein Radweg, egal ob es passt oder daneben bereits einer ist – das haben wir verändert. Unter anderem dafür haben wir das Mobili-

tätsgesetz angepasst, damit nicht mehr stur nach Schema F geplant wird. Radwege müssen sicher, sinnvoll und machbar sein. Wir wollen keine Verpollerung der Stadt und Straßensperren als Selbstzweck, wir machen Radverkehrspolitik für Radfahrer – nicht gegen Autofahrer.

klartext: Und welche Rolle spielen die Fußgängerinnen und Fußgänger bei Ihnen?

Stettner: Wir setzen auf Sicherheit. Zum Beispiel bei Schulwegen, Fußgängerüberwegen, längeren Querungszeiten an Ampeln und barrierefreien Gehwegen

Wegner: Wer in Berlin zu Fuß unterwegs ist, soll sicher und gut durch die Stadt kommen. Deshalb verbessern wir Querungen, passen Ampelzeiten an, sanieren Gehwege und bauen Barrieren ab – besonders dort, wo ältere Menschen, Kinder, Familien mit Kinderwagen und Menschen mit Behinderung darauf angewiesen sind.



Nahverkehr, Autos, Radler – gefragt sind sichere Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer
Foto: IMAGO/Stefan Zeitz

Wohnen

klartext: Kommen wir zum Wohnen. Unter Rot-Grün-Rot ging der Wohnungsbau zurück. Haben Sie die Trendwende geschafft?

Wegner: Wir haben die Trendwende beim Wohnungsbau eingeleitet. Wir beschleunigen Verfahren, vereinfachen Standards und bringen mit der Senatskommission Wohnungsbau zentrale Projekte voran. Bis Ende 2026 schaffen wir so rund 80.000 Wohnungen in unserer Stadt, also ein neues Zuhause für rund 160.000 Menschen. Das entspricht einer Stadt wie Darmstadt, Leverkusen oder Heidelberg. Zugleich haben wir zwei Jahre in Folge den Weg für jeweils mehr als 5000 neue Sozialwohnungen freigemacht. Das ist ein starkes Signal: Berlin baut wieder – und zwar gerade auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.

Stettner: Die Wahrheit ist doch: Man kann Wohnungsmangel nicht wegenteignen. Man muss bauen. Rot-Grün-Rot hat Investoren verunsichert, Verfahren verkompliziert und sich dann gewundert, dass weniger entsteht. Wir haben das Schneller-Bauen-Gesetz beschlossen, die Bauordnung angepasst, Genehmigungen beschleunigt und die Fördermittel drastisch erhöht. Damit wird es leichter, preiswerten Wohnraum zu erstellen.

klartext: Sie lehnen Enteignungen ab. Warum?

Stettner: Weil sie keine neuen Wohnungen schaffen. Im Gegenteil: Sie schrecken Investoren ab, verunsichern Eigentümer, bremsen Neubau und helfen Wohnungssuchenden nicht. Die linke Hetze gegen Vermieter bringt nicht mehr, sondern weniger Wohnungen.



Auch der Regierende setzt sich für den Bau neuer Wohnungen ein
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Anfang ist gemacht.

und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner

Wegner: Wir schützen Mieter, aber wir kämpfen nicht gegen das Bauen. Das ist der Unterschied. Den Wohnraummangel bekämpft man nicht im Gegeneinander. Wir brauchen starke städtische Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und private Investoren.

klartext: Das ist auch ein Seitenhieb auf die Linke.
Stettner: Ein sachlicher. Wer Wohnen dauerhaft bezahlbar machen will, muss bauen. Alles andere ist linker und grüner Sand in die Augen der Mieter.

klartext: Welche konkreten Wohnungsbauprojekte zeigen diesen Kurswechsel?
Wegner: Es gibt viele Beispiele. Am Neuen Gartenfeld entstehen 3700 neue Wohnungen. Im Georg-Knorr-Park in Marzahn entsteht ein gemischt genutztes Quartier mit rund 1600 Wohnungen. Am ehemaligen Güterbahnhof Köpenick geht es um 1800 Wohnungen, eine neue Grundschule und einen Quartierstreffpunkt. Das zeigt: Wir bauen nicht nur Wohnungen, wir entwickeln ganze Quartiere.

klartext: Beim Tempelhofer Feld wird seit Jahren gestritten. Ist dort neuer Wohnraum möglich, ohne diesen besonderen Ort zu verlieren?
Wegner: Das Tempelhofer Feld ist ein einzigartiger Ort für Berlin. Wir dürfen die Augen aber nicht davor verschließen, dass Berlin dringend bezahlbaren Wohnraum braucht. Die Initiative „Zuhause am Tempelhofer Feld“ macht dafür einen starken Vorschlag: mehr als 21.000 Wohnungen für mehr als 50.000 Menschen durch maßvolle Randbebauung. Das ist das, was Berlin jährlich braucht. Ich unterstütze das Vorhaben und für mich heißt das: eine ehrliche Prüfung, wie Wohnen, Grün, Freizeit und soziale Infrastruktur zusammen gedacht wer-



Berlin unterstützt Familien auf dem Weg ins eigene Zuhause
Foto: IMAGO/Westend61

den können. Übrigens würde die gesetzlich vorgeschriebene 200-Hektar große Freifläche erhalten bleiben.
Stettner: Berlin braucht beides: Freiräume für die Stadtgesellschaft und neue Wohnungen für Menschen, die hier leben wollen. Und wir leben in der deutschen Metropole, Berlin, einer Weltstadt. Hier müssen wir den Mut haben, groß zu denken. Das Tempelhofer Feld ist sehr groß, ein innerstädtischer Schatz. Da können wir Kultur, Freiraum, Sport mit städtischem Wohnen in einer Größenordnung kombinieren – wenn nicht dort, wie sollten wir jegliche Hofbebauung sonst wo in der Stadt begründen?

klartext: Sie sprechen viel über Neubau. Aber was ist mit Mieterinnen und Mietern, die jetzt schon Angst vor steigenden Mieten haben?
Stettner: Unsere Antwort ist klar: Wir brauchen beides – starken Mieterschutz und mehr Wohnungsbau. Nur Mieterschutz ohne Neubau löst die Knappheit nicht. Nur Neubau ohne Schutz hilft denen nicht ausreichend, die heute an überhöhten Mieten leiden.
Wegner: Mieterschutz und Neubau gehören zusammen. Wir haben die Mietpreisprüfstelle geschaffen, die Berlinerinnen und Berliner kostenlos

Ich habe die Verwaltungsreform zur Chefsache gemacht. [...] Die Bürgerämter funktionieren jetzt richtig gut – das merkt jeder, der in letzter Zeit ein Termin brauchte und selbst dort war.

Kai Wegner
Regierender Bürgermeister von Berlin

berät und unterstützt, wenn sie eine überhöhte Miete vermuten. Die Ergebnisse zeigen, wie wichtig dieses Instrument ist. Zudem setzen wir die Mietpreisbremse konsequent um und stärken die Bezirke beim Vorgehen gegen Mietpreisüberhöhungen.

klartext: Reicht das, um gegen die schwarzen Schafe auf dem Wohnungsmarkt vorzugehen?
Stettner: Die allermeisten Vermieterinnen und Vermieter handeln verantwortungsvoll. Aber wer in Berlin dringend benötigte Wohnungen zweckentfremdet, leer stehen lässt oder aus der Wohnungsnot ein Geschäftsmodell macht, handelt gegen das Interesse dieser Stadt.
Wegner: Wir wollen keinen symbolischen, sondern einen wirksamen Mieterschutz. Deshalb haben wir auch das Zweckentfremdungsverbot gestärkt und sorgen mit mehr Personal in den Bezirken dafür, dass bestehende Regeln auch durchgesetzt werden. Wenn Wohnraum abgerissen oder dauerhaft anders genutzt wird, ohne dass neuer Wohnraum entsteht, wird es künftig teurer: Die Ausgleichszahlung steigt auf bis zu 4600 Euro pro Quadratmeter. Unser Signal ist hier eindeutig: Wohnraum ist zum Wohnen da.

klartext: Jetzt haben wir viel über Mieterschutz und Neubau gesprochen. Was tun Sie denn dafür, dass sich Berliner auch wieder Wohneigentum leisten können?
Wegner: Bezahlbares Wohnen heißt für uns nicht nur Miete. Es heißt auch: Menschen müssen die Chance haben, sich in Berlin Eigentum aufzubauen – gerade Familien, junge Paare und Menschen mit mittleren Einkommen. Deshalb fördern wir Wohnen im Eigentum und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum. Künftig sollen 30 Prozent der von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften errichteten Wohnungen zu Marktpreisen an Selbstnutzer verkauft werden können. Das stärkt Eigentumsbildung, ohne den sozialen Wohnungsbau aus dem Blick zu verlieren.
Stettner: Außerdem setzen wir uns dafür ein, beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer zu verzichten. Wer zum ersten Mal eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus kauft, soll nicht gleich an der Steuerlast scheitern. Berlin darf keine Stadt werden, in der Eigentum nur noch für Wenige erreichbar ist.

klartext: Was muss passieren, damit die Erfolge der letzten Jahre Bestand haben?
Wegner: Der Anfang ist gemacht und die ersten Erfolge sind sichtbar. Aber viele Reformen entfalten ihre volle Wirkung erst, wenn man sie konsequent weiterführt. Rot-Grün-Rot hat Berlin zu oft ausgebremst, wir haben wieder Tempo aufgenommen. Dieses Tempo dürfen wir nicht verlieren. Die Berlinerinnen und Berliner haben lange genug auf eine Stadt gewartet, die funktioniert. Wir wollen weiter liefern. Berlin wird.
Stettner: Berlin war lange genug Versuchslabor für linke Träumereien. Wir haben angefangen, den Laden wieder zum Laufen zu bringen – und jetzt hören wir garantiert nicht auf halber Strecke auf.

Doppel-Interview
– Teil 2 –
Lesen Sie in der nächsten Ausgabe den zweiten Teil vom großen Doppel-Interview zur Bilanz der CDU-Fraktion zu den Themen Wirtschaft, Bildung und Sicherheit.

Bahnrad-EM zurück in Berlin

Die Sport-Hauptstadt Berlin richtet 2027 die Bahnrad-Europameisterschaften aus. Die Titelkämpfer sind vom 10. bis 14. Februar im Velodrom der Hauptstadt. Mit der Vergabe kehrt die Bahnrad-EM der Elite erstmals seit 2017 wieder nach Deutschland zurück.



Hand hoch, Beifall: Bahnrad-EM wieder in Berlin
Foto: IMAGO/Nordphoto

Reform des rbb-Staatsvertrags steht an

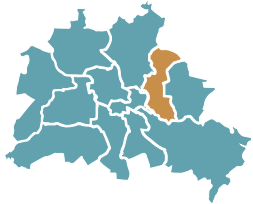
Der Berliner Senat hat dem Entwurf des Ersten Staatsvertrages zur Änderung des rbb-Staatsvertrages zugestimmt. Damit soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Berlin und Brandenburg weiter reformiert werden. Vorgesehen sind unter anderem ein geschärfter Kernauftrag des rbb, mehr Berichterstattung aus den Landesparlamenten, eine stärkere Zusammenarbeit mit Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie mehr Kooperationen mit anderen Rundfunkanstalten und privaten Anbietern.
Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt diesen Kurs. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk brauche einen klaren Auftrag, wirtschaftliches Handeln und stärkere Kontrolle.
Die Neuregelungen sollen spätestens zum 1. November 2026 in Kraft treten.



rbb-Zentrale an der Masurenallee
Foto: IMAGO/McPHOTO



Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner mit CDU-Fraktionschef Dirk Stettner im Abgeordnetenhaus
Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener



Nachbarschaftstreffen in der Parkstadt Karlshorst

Verkehr und Mobilität bewegen viele Menschen im Kiez

Rund 50 Nachbarn sind der Einladung von Lilia Usik, direkt gewählte Abgeordnete für die CDU für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht, zum Austausch mit dem Staatssekretär für Mobilität und Verkehr, Arne Herz, in der Parkstadt Karlshorst gefolgt. Wie erwartet fand eine offene und engagierte Diskussion statt, bei der die Nachbarschaft den Vertreter des Senats auf zahlreiche verkehrsbedingte Probleme und Missstände vor Ort aufmerksam gemacht hat. Offen angesprochen wurden unter anderem Tram- und Busausfälle, die verspätete Einführung der Straßenbahnlinie 22, unzureichende Taktungen, baubedingte Unterbrechungen sowie nicht optimal organisierter Ersatzverkehr. Zugleich wurden viele konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrslage an den Staatssekretär herangetragen. Dies zeigt den Wunsch der Nachbarschaft nach einem offenen und direkten Austausch und Notwendigkeiten der Verbesserung der Verkehrssituation vor Ort.

Für den Lichtenberger Süden sind mehrere aktuelle Entwicklungen von besonderer Bedeutung

Hervorzuheben ist zunächst die Ankündigung, dass die Straßenbahnlinie 21 Berlin ab Dezember 2026 auf einen dichteren Takt umgestellt werden soll. Statt des bisherigen 20-Minuten-Takts ist künftig ein 10-Minuten-Takt vorgesehen, was eine deutliche Verbesserung der Anbindung darstellt. Darüber hinaus befindet sich ein Busersatzverkehr für die Parkstadt in Planung, was wir begrüßen.

”

Ich bleibe weiterhin dran, Kritik und Vorschläge aus der Nachbarschaft zum Thema Verkehr und Mobilität aufzunehmen, an den Senat weiterzuleiten und sich für Verbesserungen der Lage einzusetzen.

Lilia Usik CDU-Abgeordnete



Zahlreiche Nachbarinnen und Nachbarn diskutierten rege mit Lilia Usik, MdB und Arne Herz, Staatssekretär für Verkehr und Mobilität Foto: Lilia Usik

Hinsichtlich der Straßenbahnlinie 22 Berlin besteht weiterhin Handlungsbedarf. Hier gilt es, die Planungen konsequent weiterzuverfolgen, damit die Realisierung der Linie endlich vorangetrieben wird.

Auch das Vorhaben der Tangentialverbindung Ost (TVO) ist keineswegs eingestellt. Aktuell läuft weiterhin das Planfeststellungsverfahren. Ein Erörterungstermin steht noch aus, da zunächst die zahlreichen Stellungnahmen von Verbänden und Privatpersonen ausgewertet und beantwortet werden müssen. Vor dem Hintergrund jüngster Medienberichte über mögliche Finanzierungsengpässe ist diese Klarstellung von besonderer Relevanz.

Abgeordnete Usik schickt dem Staatssekretär darüber hinaus noch die Varianten für den Ersatzverkehrshaltestellen, die in Frage kommen, um den Ersatzverkehr nicht immer wieder durch die sonst ruhige Wildensteiner Straße zu führen.

Senat soll bei der verkehrlichen Planung neu realisierte Bauvorhaben berücksichtigen

Usik hofft, dass der Senat nun ein noch besseres Bild von der komplexen Verkehrssituation vor Ort gewonnen hat und bei einigen dringenden Themen weiteren Handlungsbedarf erkennt. „Ich bleibe weiterhin dran, Kritik und Vorschläge aus der Nachbarschaft zum Thema Verkehr und Mobilität aufzunehmen, an den Senat weiterzuleiten und sich für Verbesserungen der Lage einzusetzen“, so die Abgeordnete abschließend.

Neues Hochhaus mit rund 200 Wohnungen am Blockdammweg geplant

Hochhausprojekt soll Wohnen, Gewerbe und neue Impulse verbinden

Auf dem Gelände einer ehemaligen Tankstelle am Blockdammweg an der Grenze zwischen Karlshorst und Rummelsburg soll in den kommenden Jahren ein neues Wohnhochhaus entstehen. Das Bezirksamt berichtet über die Pläne für einen Neubau mit rund 200 Wohnungen und etwa 27.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche. Vorgesehen sind rund elf Vollgeschosse sowie zusätzliche Staffelgeschosse. Das Projekt soll Wohnraum schaffen und zugleich gewerbliche Nutzungen integrieren. Die Tankstelle an der



Hier am Blockdammweg soll ein neues Hochhaus entstehen Foto: Lilia Usik

Ecke zur Köpenicker Chaussee wurde bereits vollständig zurückgebaut, aktuell liegt das Grundstück brach. Der Bezirk arbeitet derzeit am Bebauungsplanverfahren, ein Baubeginn wird frühestens ab 2028 angestrebt. Gleichzeitig wird geprüft, ob das Vorhaben über den sogenannten „Wohnungsbau-Turbo“ beschleunigt werden kann. Mit dem geplanten Hochhaus könnte sich das bislang eher gewerblich geprägte Umfeld am Blockdammweg künftig deutlich verändern.



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

ich freue mich, Ihnen die Sommerausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen für den regen Gedankenaustausch, viele gemeinsame Veranstaltungen und Ihr großartiges Engagement vor Ort bedanken.

In dieser Ausgabe geht es um Verkehr und Mobilität in Karlshorst, Rummelsburg und Friedrichsfelde, gesunkene Boote im Rummelsburger See, neue U-Bahn-Züge, das Stadion in der Zacherstraße, die Sanierung des ehemaligen Theaters Karlshorst sowie das neue Bauvorhaben am Blockdammweg.

Kiez-Newsletter abonnieren

Gerne möchte ich Ihnen wie gewohnt unseren kostenlosen Newsletter ans Herz legen, falls Sie ihn noch nicht bereits abonniert haben. Dort informieren wir als Newsletter-Team zweimal monatlich am ersten und dritten Freitag im Monat über die ortsbezogenen Themen und Veranstaltungen in Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg. Am häufigsten stehen Stadtentwicklung, Verkehr, Bildung und Kultur im Fokus.

Unter folgenden Links können Sie sich innerhalb von einer Minute dafür anmelden:

www.unser-karlshorst.de
für Karlshorst
www.unser-friedrichsfelde.de
für Friedrichsfelde
www.unser-rummelsburg.de
für Rummelsburg

Ich freue mich darauf, mich weiterhin mit Ihnen für ein lebens- und liebenswertes Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg engagieren zu dürfen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Lilia Usik, MdB
Ihre direktgewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht



Es läuft wieder:
Laufbahn im
Stadion an der
Zachertstraße
geöffnet

Gute Nachrichten für alle Sportbegeisterten: Die Laufbahn im Stadion an der Zachertstraße ist wieder freigegeben. Ab sofort kann die Tartanbahn wieder genutzt werden – ob für Training, Bewegung oder einfach eine Runde an der frischen Luft. Das Stadion blickt auf eine lange Geschichte zurück: Bereits in den 1920er Jahren entstanden, entwickelte sich die Anlage in Friedrichsfelde über Jahrzehnte zu einem wichtigen Treffpunkt für den lokalen Sport. Nach Erweiterungen und mehreren Modernisierungen bietet das Gelände heute neben dem Rasenplatz auch weitere Sportmöglichkeiten. Mit der Wiedereröffnung der Laufbahn knüpft das traditionsreiche Stadion erneut an seine Rolle als lebendiger Ort für Bewegung und Gemeinschaft an.



Stadion an der Zachertstraße heißt Sie wieder herzlich willkommen

Foto: Sarah Ribbeck

Neue U-Bahn-
Züge starten auf
der Linie U5

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) setzen seit Ende April 2026 erstmals die neuen U-Bahn-Züge der Baureihe J auf der Linie U5 ein. Nach der erfolgreichen Zulassung befinden sich die modernen Fahrzeuge zunächst in einer Testphase und fahren noch unregelmäßig im Fahrgastbetrieb. Für Berlinerinnen und Berliner bietet sich damit schon jetzt die Gelegenheit, die neuen Züge auszuprobieren, bevor der reguläre Einsatz im Mai vollständig startet. Die neuen Fahrzeuge sollen mehr Komfort, bessere Zuverlässigkeit und eine moderne Ausstattung in den U-Bahnverkehr bringen. Bis Ende 2026 plant die BVG, rund 170 Wagen der Baureihe J in Betrieb zu nehmen. Bereits auf den Linien U1 bis U4 sind ähnliche Züge der Baureihe JK im Einsatz, die laut BVG die Stabilität des Betriebs deutlich verbessert haben. Parallel modernisiert das Verkehrsunternehmen auch seine Busflotte und setzt zunehmend neue elektrische Gelenkbusse im Berliner Osten ein.

Gesunkene Boote im Rummelsburger See: Handlungsbedarf bleibt groß

Mehr Schutz für die Rummelsburger Bucht

Verfallene Boote belasten Umwelt und Wasserqualität im Rummelsburger See

Foto: Lilia Usik



”

Die Rummelsburger Bucht ist ein wertvoller Natur- und Erholungsraum für unseren Bezirk. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass künftig schneller gehandelt werden kann. Wir arbeiten derzeit an neuen Initiativen, damit Zuständigkeiten klar geregelt werden und Maßnahmen nicht erst dann möglich sind, wenn bereits Umweltschäden entstanden sind.

Lilia Usik
Rummelsburger Abgeordnete

dass viele Boote erst entfernt werden können, wenn bereits eine unmittelbare Gefahr besteht – etwa durch austretende Schadstoffe oder ein kurz bevorstehendes Sinken. Vorsorgendes Handeln findet bislang kaum statt.

Hohe Kosten für die Allgemeinheit

Die Folgen tragen am Ende die Berlinerinnen und Berliner. Allein für die Sedimentensanierung am Rummelsburger See wurden im Jahr 2025 rund 4,45 Millionen Euro ausgegeben. In den vergangenen drei Jahren summierten sich die Kosten bereits auf rund 9,5 Millio-

nen Euro brutto. Mit diesem Geld mussten rund 10.500 Tonnen belastetes Sediment entnommen und fachgerecht entsorgt werden. Auch für die kommenden Jahre sind hohe Summen eingeplant: Im Doppelhaushalt 2026/2027 stehen jährlich weitere 3,3 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich wurden Verpflichtungsermächtigungen von jeweils 10 Millionen Euro vorgesehen.

Wir brauchen klare Regeln

„Mit dieser Situation können und werden wir uns nicht zufriedengeben“, ist Usik überzeugt. „Die Rummelsburger Bucht ist ein wertvoller Natur- und Erholungsraum für unseren Bezirk. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass künftig schneller gehandelt werden kann. Wir arbeiten derzeit an neuen Initiativen, damit Zuständigkeiten klar geregelt werden und Maßnahmen nicht erst dann möglich sind, wenn bereits Umweltschäden entstanden sind. Unser Ziel ist ein wirksamer Schutz des Gewässers, mehr Sicherheit für Anwohnerinnen und Anwohner sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Geldern.“

Karlshorst bekommt das „KAHO“ als Kulturstandort zurück

Johannes-Fest-Platz und das ehemalige Theater Karlshorst werden aktuell gründlich saniert

Die Sanierung des ehemaligen Theaters Karlshorst hat begonnen. Es soll künftig unter dem Namen „KAHO. Raum für Kultur“ wieder zu einem lebendigen Veranstaltungsort entwickelt werden. Das denkmalgeschützte Gebäude aus den Jahren 1948/49 gilt als erstes Nachkriegstheater Deutschlands und war über Jahrzehnte ein prägender Kulturort im Stadtteil. Nach langer Zeit des Leer-



Der Johannes-Fest-Platz und „KAHO“ im Herzen von Karlshorst sind Orte zahlreicher Veranstaltungen im Kiez Foto: Lilia Usik

stands sollen Theatersaal, Foyer und weitere Bereiche nun schrittweise denkmalgerecht modernisiert und für einen zeitgemäßen Kulturbetrieb vorbereitet werden. Geplant sind künftig Konzerte, Lesungen, Ausstellungen, Performances und Veranstaltungen für die Nachbarschaft. Die Stiftung Stadtkultur der HOWOGE rechnet mit einer Fertigstellung bis Ende 2028 und sucht bereits nach lang-

fristigen Partnern für den späteren Betrieb. Auch während der Bauzeit soll das Projekt mit kulturellen Angeboten im Kiez präsent bleiben. Mit seiner Lage nahe dem S-Bahnhof Karlshorst soll das „KAHO“ künftig nicht nur ein neuer Treffpunkt für den Stadtteil, sondern auch ein attraktiver Kulturort für ganz Berlin werden.

Haben Sie Themen in Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und der Rummelsburger Bucht? Ihre Abgeordnete Lilia Usik ist für Sie da!

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Lilia Usik, MdA
Marksburgstraße 39, 10318 Berlin-Karlshorst

☎ (030) 75 43 74 60
✉ kontakt@lilia-usik.de
🌐 www.lilia-usik.de

f lilia.usik
@ lilia_usik
🎵 lilia_usik

Schulen brauchen unseren Schutz – heute mehr denn jemals zuvor

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Als Ort zum gemeinsamen Lernen und Heranwachsen stehen wir in der Verantwortung, die Schulen für unsere Kinder vor äußeren und inneren Gefahren zu bewahren.

Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2025 lässt jedoch aufhorchen. Extremisten von links, rechts und dem Islamismus entdecken zunehmend die Schule als einen Nährboden für ihre schrecklichen Ideologien. Ansprachen erfolgen heutzutage analog und digital. Schülerinnen und Schüler werden mitunter auf dem Weg von oder zur Schule von diesen Gruppen angesprochen und rekrutiert. Gleichzeitig hat sich die Nutzung vielfältiger Kanäle der sozialen Medien intensiviert. Wo die Schülerinnen und Schüler im Netz unterwegs sind, sind auch Extremisten unterwegs.

Gleichzeitig sagt eine von der Bildungsverwaltung beauftragte Studie, deren Ergebnisse zum Ende des zweiten Quartals vorgestellt werden, dass Gewalterfahrungen in-

nerhalb der Schule zugenommen haben. Hiervon betroffen sind insbesondere integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Grundschulen. Nur ein geringer Teil der Schülerinnen und Schüler gibt an, in diesem oder letztem Jahr keine Gewalt erfahren zu haben.

Berlin steht hier selbstverständlich nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Tendenzen und den aktuellen Konflikten in der Welt. All das spiegelt sich auch immer in unseren Bildungseinrichtungen wider. Wir haben aber keinerlei Grund, frustriert oder pessimistisch auf die kommende Zeit zu blicken – ganz im Gegenteil.

Wir haben uns in den letzten drei Jahren intensiv für bessere Bildung in Berlin eingesetzt, haben gute Erfolge erzielt und sind weitreichende Schritte vorangekommen. Nun müssen wir uns verstärkt diesen Problemen widmen – die Gewalt bekämpfen und Extremisten fernhalten.



Spiele und Lernen in der Schule. Diese Räume müssen frei bleiben von Gewalt Foto: IMAGO/epd

Vor allem steht immer Präventionsarbeit. Dazu gehört, die Medienkompetenz immer wieder zu schulen. Deshalb haben wir den Runden Tisch „Smartphones an Schulen“ eingerichtet. Die Ergebnisse werden zeigen, welche Maßnahmen für einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Endgeräten sinnvoll sind. Dazu gehört auch die Diskussion darüber, ob Handys an Schulen stärker eingeschränkt und ggf. sogar verboten werden sollten. Dazu müssen wir das schulische Personal auch in die Lage versetzen. In den letzten drei Jahren haben wir für ausreichend Lehrkräfte, viele multiprofessionelle Teams sowie mehr Räumlichkeiten mit Rückzugsräumen gesorgt. All das benötigen wir für erfolgreiche Prävention.

Wir werden außerdem Wege finden, die Indoktrination unserer Schüler von außen abzuwehren. Hier gilt es über den Schutz der Schulwege nachzudenken.

Wenn es dann aber zu (Gewalt-)Taten kommt, müssen diese auch immer Konsequenzen haben. Wenn alles nichts hilft, braucht es Repression. Täter müssen lernen, dass sie ihr Verhalten ändern müssen. Es darf zu keiner Täter-Opfer-Umkehr kommen. Warum sollen Opfer von psychischer oder physischer Gewalt die Schule wechseln und nicht die Täter? Hier werden wir ansetzen und dafür sorgen, dass Täter von der Schule genommen werden und nicht die Opfer ihr Leben umstellen müssen.



Dirk Stettner
Fraktionsvorsitzender
Foto: Yves Sucksdorff

Schneehütte der Inuit

der Rätselrater

hohe Spielkarte

ugs.: den Straßenbelag erneuern

Schreibweise

Segel am hinteren Schiffsmast

Bankansturm (engl.)

gebackene Kartoffelscheiben

Verdauungsorgan

Einrichtung für Bankkunden

Besitz, Vermögen

flink, beweglich

Teil des Weinstocks

bunt

Paradiesgarten

Vorn. des Ex-Tennisprofis Becker

Sorte, Gattung

aus tiefstem Herzen

Mensch zwischen 20 u. 29 Jahren

rutschig

berl.: befreien

berl.: Glück

anhänglich

Flachs

ange-nommen, dass

Regelwidrigkeit (Sport)

reizvoll Situation

berl.: zittern, frieren

kleiner Betrug

Staat der USA

eh. Reg. Bürgermeister (Eberhard)

dt. Schauspieler (Matthias)

franz. Herrscheranrede

zu vorgerückter Stunde

ganz und gar

8

Ferngespräch

Durch-einander

Insel-europäerin

Binde-wort

nichts Böses

Baum-woll-stoff

fächerförmige Flussmündung

Berliner Rock-sängerin (Ina)

mehrlag. Werkstoff (Bodenbelag)

zentralafrik. Gewässer

sich täuschen

ostasiat. Zierpflanze

Teil einer Kette

Fluss in Spanien

vorspringender Gebäudeteil

Schrott

Missis-sippi-Zufluss

ohnehin

Wahl-spruch kurz und bündig

in dieser, in diesem

Gesinde, Pöbel

die Sonne betref-fend

geboge-ner Metall-stift

Gulasch-kanone

Schall-ortungs-gerät

ein Ganz-körper-training

Arrest

7

Lösungs-mittel

vor allem, beson-ders

Schau-spiel-ensemble

Berliner Wappen-tier

schnell machen (sich ...)

Trieb-fahrzeug der Bahn (Kurz-w.)

Sitz-streik (amerik.)

Beatles-Mitglied (John) † 1980

berl.: beide

zen-sieren

männ-licher frz. Artikel

Burganlage Spandau

Strom zur Nordsee

von ge-nannter Zeit an

erster Mensch (A. T.)

poetisch: Er-quickung

Hptst. Grie-chen-lands

Stadt mit dem Schiefen Turm

Bücher-, Waren-gestell

Be-gräbnis-stätte

nieder-länd. Name der Rur

Ausruf der Bestür-zung

Frau Adams (A. T.)

Abend-gesell-schaft (frz.)

vorders-ter Boots-teil

un-genutzt, unbebaut

Schritt-sportler

kurz: für das

frühere russ. Raum-station

von sehr geringer Tempe-ratur

berl.: finster, dunkel

Märchen-figur der Brüder Grimm

Hptst. von Bosnien-Herze-gowina

Kraftstoff in ein Fahrzeug füllen

hin und ...

5

Impf-stoffröhrchen

Zutat

Wäsche-stück

Monarch oder des-sen Stell-vertreter

geistig

9

Ihre Meinung ist uns wichtig.

große? Umfrage

Machen Sie mit!

Jetzt QR-Code scannen oder zur Online-Umfrage unter: klartext-umfrage.de

Oder senden Sie den Einleger im Innenteil dieser Zeitung per Post.

CDU

FRAKTION BERLIN

1

2

3

4

5

6

7

8

9

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Berlin geht gegen illegale Schusswaffen vor

Polizei macht erfolgreich Druck gegen bewaffnete Tätergruppen

Schüsse auf offener Straße, Einschusslöcher in Fensterscheiben, Menschen, die auf Spielplätzen, vor Lokalen oder aus fahrenden Autos heraus bedroht werden: Illegale Schusswaffen sind eine Gefahr für die Sicherheit in unserer Stadt.

Großeinsatz gegen Täter erfolgreich

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: In Berlin wurden 2025 insgesamt 1119 Straftaten unter Verwendung von Schusswaffen registriert. Der Senat reagierte umgehend. Seit Herbst 2025 wurden die Kräfte gegen Schusswaffenkriminalität in der Ermittlungseinheit „Ferum“ beim Landeskriminalamt gebündelt. Gemeinsam mit der Ermittlungsgruppe „Telum“ der Staatsanwaltschaft nimmt sie nicht nur Einzeltäter in den Blick, sondern ganze Strukturen. Mitte Mai waren rund 570 Einsatzkräfte an einem groß angelegten Schlag gegen mutmaßliche Täter beteiligt. Es ging um den Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung, um Erpressungslagen und Schussabgaben. Neun Männer wurden festgenommen, 28 Objekte durchsucht, Waffen, Schusswaffenteile, Schreckschusswaffen, Betäubungsmittel, Bargeld, Fahr-

zeuge und Datenträger sichergestellt.

Polizei setzt Szene unter Druck

Auch Ende Mai zeigte ein Verbundeinsatz, wie groß der Druck auf die Szene inzwischen ist: Fast 200 Personen wurden kontrolliert, fünf Menschen vorläufig festgenommen, eine scharfe Waffe samt Magazin sichergestellt. In Wed-

Polizeieinsatz in Berlin, illegale Schusswaffen im Blick

Foto: IMAGO/dts Nachrichtenagentur

ding wurden nach Schüssen in die Luft drei Männer festgenommen; in einer Lokalität fanden Ermittler eine scharfe Faustfeuerwaffe mit Munition.

Illegale Schusswaffen sollen härter sanktioniert werden

Die Polizei arbeitet entschlossen und gezielt. Jetzt muss auch rechtlich nachgezogen werden.

Der Plan im Bundesrat von der CDU-geführten Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Verschärfung des Waffengesetzes. Wer illegal Schusswaffen gewerbsmäßig herstellt, bearbeitet, instand setzt oder damit handelt, soll künftig als Verbrecher bestraft werden können. Auch illegaler Erwerb, Besitz und das Führen von Schusswaffen sollen härter sanktioniert werden.

Denn bislang werden illegale Waffenbesitzer in der Praxis häufig nicht mit Untersuchungshaft konfrontiert, weil die zu erwartenden Strafen zu niedrig sind. Auch weitergehende Ermittlungsmaßnahmen sind oft erschwert, weil bestimmte Waffendelikte nicht in den Katalog der Strafprozessordnung fallen. Genau hier setzt die Initiative an: Straftaten im Zusammenhang mit illegalen Schusswaffen sollen stärker verfolgt, besser ermittelt und konsequenter geahndet werden können.

Illegale Schusswaffen haben in Berlin keinen Platz

Die Botschaft: Illegale Schusswaffen haben in Berlin keinen Platz. Wer sie besitzt, wer sie verkauft, wer sie einsetzt oder für kriminelle Strukturen verfügbar macht, muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats rechnen.

Die Polizei liefert. Staatsanwaltschaft und Ermittler arbeiten mit Hochdruck. Die CDU-Fraktion organisiert politisch, dass aus erfolgreicher Polizeiarbeit auch konsequente Strafverfolgung wird. Denn Sicherheit entsteht durch klare Regeln, starke Ermittlungsbehörden und einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger schützt.



Intelligente Ampeln gegen den Stau

CDU-Fraktion will Hauptverkehrsstraßen leistungsfähig halten

Eine funktionierende Stadt erkennt man auch daran, dass gebaut wird und dass selbst während des Bauens der Verkehr noch fließt.

Wenn Ampeln flexibel auf neue Verkehrsführungen reagieren, kommen Menschen verlässlicher durch die Stadt – mit dem Bus, dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Intelligente Ampelschaltungen stehen damit für eine Stadt, die mitdenkt, schneller reagiert und Mobilität für alle einfacher macht. Genau das ist der Anspruch der CDU-Fraktion Berlin: Berlin soll funktionieren – auch während es sich erneuert.

Im Fokus stehen Hauptverkehrsstraßen

Genau diesen Anspruch möchte die CDU-Fraktion mit einer neuen Initiative im Berliner Abgeordnetenhaus erfüllen. Ampelschaltungen im Umfeld von Baustellen sollen künftig verpflichtend überprüft und angepasst werden. Besonders im Fokus stehen Hauptverkehrsstraßen und Strecken, auf denen auch Busse und Ersatzverkehre des öffentlichen Nahverkehrs betroffen sind.

Der Gedanke ist einfach: Wenn sich die Straße verändert, muss sich auch die Ampelschaltung verändern.

Besser vorankommen im Alltag

Wer mit dem Auto unterwegs ist, kommt verlässlicher durch Baustellenbereiche. Und wer den Bus nutzt, profitiert von stabileren Fahrzeiten. Ersatzverkehre können ihre Aufgabe besser erfüllen. Die Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner sinken. Das hilft allen, die täglich durch Berlin müssen – zur Arbeit, zur Schule, zum Termin oder nach Hause.

Gleichzeitig soll die Verkehrssicherheit gewahrt bleiben. Besonders der queren Verkehr, Schulwege und vulnerable Gruppen müssen geschützt werden. Schnellere Ampelanpassungen dürfen nicht zulasten der Sicherheit gehen.

Verkehrssicherheit und Mobilität

Wenn das Vorhaben erfolgreich umgesetzt wird, wäre das ein spürbarer Beitrag für eine Stadt, in der Mobilität auch während notwendiger Bauarbeiten besser funktioniert. Berlin würde damit zeigen, dass Baustellen, Verkehrssicherheit und verlässliche Mobilität besser miteinander vereinbart werden können.



Ampelwartung in Berlin: Jetzt sollen smarte Lichtzeichen unnötige Staus verhindern
Foto: IMAGO/Frank Sorge

Yad Vaschem-Straße in Mitte

Ein Teil der Dorotheenstraße in Berlin Mitte soll nach der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vashem“ in Jerusalem umbenannt werden. Der angestrebte Termin dafür ist der 20. Januar 2027, der 85. Jahrestag der Wannseekonferenz. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner: „Berlin zeigt damit deutlich: Die Erinnerung an die Schoah und an dieses im deutschen Namen begangene Menschheitsverbrechen bleibt ein fester und unverrückbarer Teil unserer Geschichte.“

Jubiläum mit Ballett

Vorhang auf für die „Staatsoper für alle“: Das Kultur-Highlight ist bis 2030 gesichert, die Zusammenarbeit mit BMW als Sponsor wird fortgesetzt. Zum 20-jährigen Bestehen soll es im kommenden Jahr (12./13. Juni 2027) erstmals auch eine Ballettaufführung geben.



Bühne frei für „Staatsoper für alle“ Foto: IMAGO/Berlinfoto

Ein Name, der Berlin verpflichtet

Berliner Abgeordnetenhaus liegt jetzt am Margot Friedländer-Platz

Der Platz vor dem Berliner Abgeordnetenhaus trägt jetzt den Namen Margot Friedländers. Ein Name, der nicht nur erinnert, sondern verpflichtet. Genau hier, vor dem Berliner Landesparlament, dem Haus der Berliner Demokratie, steht künftig das Vermächtnis einer Frau, die Unmenschlichkeit erlebt hat – und der Menschlichkeit trotzdem treu geblieben ist.

Margot Friedländer wurde 1921 in Berlin geboren. Die Nationalsozialisten nahmen ihr die Familie, ihre Mutter und ihr Bruder wurden ermordet. Sie selbst überlebte das Konzentrationslager Theresienstadt. Nach dem Krieg ging sie in die USA – und kehrte im hohen Alter zurück nach Berlin.



Stele für den Margot-Friedländer-Platz wird enthüllt. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (rechts), an seiner Seite Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

”

Mit dem Margot-Friedländer-Platz direkt vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ehren wir eine außergewöhnliche Frau an einem der sichtbarsten Orte unserer Demokratie.

Kai Wegner

Regierender Bürgermeister von Berlin

Adresse. Er ist eine Mahnung an jeden, der dieses Parlament betritt: Politik beginnt mit Haltung. Mit Verantwortung. Und mit dem festen Versprechen, dass „Nie wieder“ nicht nur gesagt, sondern gelebt werden muss.

Berlin ehrt mit diesem Platz eine große Berlinerin. Und Cornelia Seibeld (CDU) hat mit ihrer Initiative dafür gesorgt, dass Margot Friedländers Stimme dort weiterklingt, wo sie hingehört: im Herzen unserer Demokratie.

„Seid Menschen“

Ihr Satz „Seid Menschen“ ist zu einem moralischen Kompass geworden. Er klingt leise, aber er wiegt schwer. Gerade heute, in einer Zeit, in der jüdisches Leben wieder angefeindet wird und geschützt werden muss.

Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld (CDU) erinnerte anlässlich der Einweihung des Platzes an Margot Friedländers letzten öffentlichen Auftritt am 7. Mai 2025 in Berlin und an die besondere Kraft ihrer Zeugenschaft. Niemand habe sich ihrer „zarten Stärke“ und dem Gewicht ihrer Worte entziehen können. Der neue Platz mache ihr Vermächtnis nun jeden Tag sichtbar – und gebe dem Berliner Parlament eine neue Adresse.

Mehr als eine neue Adresse

Der Margot-Friedländer-Platz ist deshalb mehr als eine neue



Es fährt ein: Berlins neue S-Bahn

Berlin hat seit dem 15. Juni eine neue S-Bahnstrecke, die Linie S15. Sie verbindet im 10-Minuten-Takt den Bahnhof Gesundbrunnen mit dem Hauptbahnhof. Auf der Strecke sollen voraussichtlich täglich 40.000 Fahrgäste unterwegs sein.



B Foto: 40

☒ **Nicht verpassen!**

Die nächste Ausgabe vom klartext erscheint Mitte August 2026

Respekt für diejenigen, die Deutschland dienen

Drittes feierliches Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Abgeordnetenhaus

Zum dritten Mal in Folge haben Rekrutinnen und Rekruten der Bundeswehr vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ihr feierliches Gelöbnis abgelegt. 30 Soldatinnen und Soldaten des Wachbataillons beim Bundesministerium der Verteidigung bekannten sich dabei zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und gelobten, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Dass das Gelöbnis vor dem Berliner Abgeordnetenhaus stattfindet, ist eng mit Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld (CDU) verbunden. Sie hat diese Tradition initiiert. In ihrer Rede betonte sie: „Wer sich – wie diese Rekrutinnen und Rekruten – in den Dienst unseres Landes stellt, übernimmt Verantwortung für unsere Demokratie und verdient Anerkennung und Wertschätzung.“

Wie die Präsidentin steht auch die CDU-Fraktion Berlin



Feierliches Gelöbnis der Bundeswehr mit Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld und Berlins Regierendem Kai Wegner (beide CDU) Fotos: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

fest an der Seite der Bundeswehr. Unsere Soldatinnen und Soldaten übernehmen Verantwortung für unser Land, für unsere Demokratie und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

Das feierliche Gelöbnis ist deshalb mehr als eine Zeremonie. Es ist ein öffentliches Bekenntnis zu Frieden, Freiheit und Demokratie – und ein starkes Signal aus Berlin: Wer unserem Land dient, verdient Rückhalt.

Auflösung Kreuzworträtsel S.6

ACHTUNG: Die Auflösung des Kreuzworträtsels befindet sich auf Seite 6. Bitte beachten Sie, dass die Auflösung nur für die Teilnehmer des Rätsels gilt. Die Auflösung ist nicht verbindlich und kann ohne Vorwarnung geändert werden. Die Auflösung ist nicht verbindlich und kann ohne Vorwarnung geändert werden.

IMPRESSUM

klartext
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cd-fraktion.berlin.de
www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

